

Protokoll Sondersitzung (2015-2019)

Öffentliche Sitzung des Beirates Schwachhausen am 30.11.2016 in der Grundschule an der Carl-Schurz-Straße

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 21:00 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Beirat	Frau Baasen	Herr Carstens
	Frau Chaudhuri	Herr von Cossel
	Frau Dumas	Frau Eickelberg
	Herr Heck	Herr Golinski
	Herr Kostka	Frau Schneider
	Herr Dr. Schober	Herr Dr. Volkmann
	Herr Wundersee	

b) Gäste	Herr Güngör, SPD, MdBB
	Frau Kohlrausch, FDP, MdBB
	Herr Rohmeyer, CDU, MdBB
	Herr Saxe, Grüne, MdBB
	Frau Voigt, Linke, MdBB
	Frau Neumann, Schulleiterin der Grundschule an der Carl-Schurz-Straße
	Herr Stoevesandt, Elternsprecher, Zentralelternbeirat

Tagesordnung: Situation der Grundschule an der Carl-Schurz-Straße nach Ablehnung des Antrags auf Umwandlung in eine offene Ganztagschule

Frau Schneider begrüßt alle Anwesenden und beantragt, dass abweichend von der Geschäftsordnung, nicht sie als Beiratssprecherin die Sitzung leitet, sondern Herr Heck.

Der Beirat stimmt diesem Antrag einstimmig zu. Sodann übernimmt Herr Heck die Leitung und eröffnet die Beiratssitzung.

Frau Baasen führt in den Sachstand zur Situation der Grundschule an der Carl-Schurz-Straße ein. 2014 hatte die evangelische Kirche angekündigt, den Hort St. Ansgarii mit 20 Plätzen für Kinder der Grundschule an der Carl-Schurz-Straße zum 31.07.2016 aufzulösen, um dort eine Krippe für U 3 Betreuung einzurichten. Trotz Bemühungen des Beirates und der Elternvertreter haben weder die Senatorin für Kinder und Bildung noch die Senatorin für Soziales reagiert. In der Grundschule selbst existiert seit mehreren Jahren ein elterngeführter Hort, der „12-Uhr-Club“ für 20 Kinder. Hier sind keine weiteren Hortkapazitäten vorhanden. Eine von den Eltern im Februar 2016 organisierte Abfrage ergab einen zusätzlichen Bedarf von 64 Hortplätzen. Der Beirat hat mehrfach vergeblich versucht, im Stadtteil Räumlichkeiten für einen Hort zu finden. Alle vorgeschlagenen Möglichkeiten wurden von Immobilien Bremen als ungeeignet bzw. zu teuer abgelehnt. Kurzfristig hat dann die Schule zum Schuljahr 2016/2017 Räume für einen Hort mit 20 Plätzen befristet für ein

Jahr bereitgestellt und die Essensversorgung über das Kippenberg-Gymnasium geregelt. Die Schule soll zum Schuljahr 2017/2018 vierzünftig und ein W & E Standort werden, so dass dann mit weiteren Bedarfen zu rechnen ist. Für das neue Angebot erhält die Schule zurzeit einen Neubau, der jedoch keine Hortplätze vorsieht. Im September 2016 hatte die Schulleiterin nach einem einstimmigen Beschluss der Schulkonferenz bei der Senatorin für Kinder und Bildung einen Antrag auf Umwandlung in eine offene Ganztagschule gestellt. In der Planung der Deputation für Bildung, die nunmehr im Oktober für die Jahre 2017-2021 beschlossen wurde, ist die Grundschule an der Carl-Schurz-Schule nicht benannt. Das bedeutet, dass der Bedarf an Hortplätzen im kommenden Schuljahr wieder unberücksichtigt bleiben wird und die Eltern damit Probleme haben, ihre Kinder am Nachmittag sicher unterzubringen. Frau Baasen weist darauf hin, dass nur die gebundenen Ganztagschulen geeignet sind, Bildungsgerechtigkeit zu verbessern, während die offene Ganztagschule die Vereinbarkeit von Schule und Beruf zum Ziel hat.

Herr Güngör (SPD) teilt mit, dass im April 2016 bei der ersten Sitzung der Deputation für Bildung noch kein entsprechender Antrag der Grundschule an der Carl-Schurz-Straße vorlag. Demgemäß konnte die Schule dann im aktuellen Ausbauplan nicht mehr bedacht werden und müsste auf die nächste Ausbau-Runde ab 2020/2021 warten. In Bezug auf die fehlenden Hortplätze verwies Herr Güngör auf die Bildungsbehörde, die hier die Pflicht habe, die erforderlichen Bedarfe abzufragen und entsprechend zu reagieren. Die Schulen, die in den nächsten Jahren zu Ganztagschulen ausgebaut werden, sind solche mit einem hohen Sozialindikator. Dies sei eine gemeinsame Linie der regierenden Koalition. In Bezug auf fehlende Hortplätze sieht Herr Güngör „Luft nach oben“. Bei der Schulanmeldung müsse klar sein, was an Hortplätzen nötig sei.

Herr Saxe (Grüne) verwies ebenfalls auf die gemeinsame Linie der Regierung, den Ausbau der Ganztagschulen nach Sozialindikatoren vorzunehmen, aber er unterstützt das Anliegen, an der Grundschule an der Carl-Schurz-Straße das Angebot eines offenen Ganztags zu schaffen. Er sagt, dass das Problem bei der Nachmittagsversorgung der Schulkinder bei der Schule an der Carl-Schurz-Straße schon lange bekannt sei. Die Schaffung von Hortplätzen sei in der jetzigen Situation, wo der Ausbau in eine Ganztagschule nicht zeitnah erfolge, zwingend notwendig, und der Haushaltsgesetzgeber sei hier in der Pflicht, den Eltern die entsprechenden Betreuungsmöglichkeiten „zu liefern“. Dafür wird er sich einsetzen.

Herr Rohmeyer (CDU) betont, dass es richtig sei, in Stadtteilen in schwieriger Lage vorrangig eine gute Ganztagschulversorgung zu sichern. Aber hier ist der Druck besonders hoch, weil keine ausreichenden Hortplätze zur Verfügung stehen. Auch in gut situierten Stadtteilen muss die Basisversorgung für Grundschulkinder am Nachmittag gesichert sein. Bis spätestens zu den Osterferien müsse hier Klarheit herrschen. Er sicherte zu, die Thematik in der nächsten Sitzung der Bildungsdeputation am 16.12.2016 auf die Tagesordnung zu setzen. Insbesondere müsste geprüft werden, ob nicht aus anderen Bereichen Geldmittel zusammengestrichen werden können, da die Umwandlung mit verhältnismäßig geringen Geldmitteln erfolgen könnte. Außerdem sei die Regierung in der Pflicht, Steuergelder auch in den Stadtteilen einzusetzen, wo sie von den Bürgern erwirtschaftet werden.

Frau Voigt befürwortet grundsätzlich die Entscheidung, nur noch den Ausbau von Ganztagschulen zu fördern und keine neuen Horte einzurichten. Allerdings sei im Moment kein Konzept für die durchgängige Vereinbarkeit von Beruf und Krippe, Kindergarten und Schule erkennbar. Vor der Einschulung haben die Eltern die Sicherheit, dass ihre Kinder in den Kindertagesstätten am Nachmittag sicher versorgt sind, in der Schule dann nicht mehr.

Außerdem bemängelte Frau Voigt, dass die Bildungsbehörde den Bedarf an Hortplätzen bisher gar nicht ermittelt hat und somit auch keine verlässlichen Zahlen vorliegen. Dies sei vor allem deshalb unverständlich, weil in der restlichen Legislaturperiode nur noch fünf Grundschulen zu einem Ganztagsangebot ausgebaut werden. Ursprünglich sollten in jedem Jahr 4 Grundschulen Ganztagschule werden.

Frau Kohlrausch unterstützt diese Aussage und fügt hinzu, dass kein Kind am Nachmittag unversorgt bleiben darf.

Herr Stoevesandt erklärt, dass der Zentralelternbeirat grundsätzlich die Entscheidung begrüßt, gebundene Ganztagsgrundschule vor allem in Stadtteilen mit einem hohen Sozialindikator zu entwickeln. Allerdings sei es nicht hinnehmbar, dass die Vereinbarkeit von Beruf & Schule kein sozialer Indikator für einen Härtefall sei. Außerdem bemängelte Herr Stoevesandt die Tatsache, dass statt der ursprünglich geplanten vier Ganztagschulen pro Jahr jetzt nur fünf Schulen in fünf Jahren umgewandelt werden. Somit hätten die Eltern der Grundschule an der Carl-Schurz-Straße erst ab 2020/2021 wieder eine Chance auf eine gesicherte Nachmittagsbetreuung. Vor dem Hintergrund, dass die Kosten für den Ausbau in eine offene Ganztagschule in der Grundschule an der Carl-Schurz-Straße mit ca. € 100.000,00 überschaubar seien, könne er die Entscheidung der Behörde in keiner Weise nachvollziehen.

Frau Mansfeld spricht für die betroffenen Eltern und fordert eine langfristige und tragfähige Perspektive für die Kinder ab dem Schuljahr 2017/2018. Sie moniert ebenfalls, dass trotz langer Vorankündigungszeit die Bildungsbehörde in den letzten zwei Jahren nichts unternommen hat, um den Bedarf an Ganztagsbetreuung zu ermitteln und den Ausbau an Hortplätzen voranzutreiben.

Herr Dr. Schober berichtet, dass von Seiten der Bildungsbehörde immer wieder zu hören gewesen sei, dass es den Beschluss gebe, nur noch in Ganztagsgrundschulen und nicht mehr in Hortplätze zu investieren.

Auch Frau Eickelberg verweist darauf, dass sie in der letzten Planungskonferenz „Kindergärten“ des Amtes für Soziale Dienste gewesen sei und dort eindeutig erklärt wurde, dass die Behörde mangels politischer Vorgaben nicht über zusätzliche Hortplätze nachdenke.

Herr Güngör erwidert darauf, dass ihm kein Beschluss bekannt sei, wonach es keine Hortplätze mehr geben solle. Er sehe es als selbstverständliche Aufgabe der Behörde an, die Bedarfe für das Schuljahr 2017/2018 abzufragen. Eine entsprechende Nachfrage werde es in dieser Sache dann von der Deputation Anfang des Jahres 2017 geben. Die Deputation für Kinder und Bildung wird eine Bedarfsabfrage für die Nachmittagsversorgung von Kindern bis Ende Dezember/Anfang Januar veranlassen.

Herr Saxe bekräftigt, dass dringend eine Lösung gefunden werden müsse. Frau Kohlrausch unterstützt dies und spricht sich für die zügige Durchführung der Bedarfsabfrage aus. Frau Voigt fordert, dass jetzt klare Aussagen getroffen werden müssten, wenn es keine finanziellen Mittel für den Ausbau gibt, oder es müsse der Haushalt entsprechend nach oben angepasst werden. Herr Rohmeyer verweist darauf, dass im Haushalt bestimmt noch € 100.000,00 zu finden seien, die für die Umwandlung der Grundschule in eine Ganztagschule oder für die Schaffung der Hortplätze genutzt werden können.

Frau Schneider fasst zusammen, dass die Bürgerschaftsabgeordneten zugesagt haben, die politischen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Bildungsbehörde im Dezember den Bedarf an Nachmittagsbetreuung abfragt. Spätestens im Januar soll das Ergebnis vorliegen. Bis spätestens Ostern soll klar sein, wie die Nachmittagsbetreuung organisiert wird – entweder als offener Ganztags oder aber durch die Schaffung von genügend Hortplätzen außerhalb des Schulgebäudes. Dies ist notwendig, damit Eltern Sicherheit haben und ihre berufliche Perspektive entwickeln können. Die Eltern, die Bedarf angemeldet haben, müssen bis Ostern 2017 eine Auskunft bekommen, wo ihre Kinder nachmittags betreut werden.

Frau Neumann weist darauf hin, dass eine Nachmittagsbetreuung außerhalb des Schulgebäudes stattfinden solle, weil man sonst unter Umständen die dritte Betreuungsform in einer einzigen Schule habe. Sie möchte die Räume ihrer Schule nun wieder so nutzen, dass das Profil der Schule weiterentwickelt werden kann.

Herr Heck bedankt sich bei Frau Neumann, den Bürgerschaftsabgeordneten und Herrn Stoevesandt und schließt die Beiratssitzung.

Sitzungsleitung

Beiratssprecherin

Protokoll

Dietrich Heck

Barbara Schneider

Shantha Chaudhuri